



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Ohne Angst und ohne Träumereien – gemeinsam in Deutschland leben“. So hat es Johannes Rau in seiner Berliner Rede zur Integration auf den Punkt gebracht. Darum geht es jetzt: Als starkes Land mit einer guten Infrastruktur brauchen wir uns nicht vor der Aufgabe zu ängstigen, die mit der Aufnahme der Flüchtlinge auf uns zukommt. Wir dürfen uns aber über die Größe der Aufgabe auch keine Illusionen machen. Es entstehen große Herausforderungen, nicht allein bei der Unterbringung und Verpflegung, sondern über viele Jahre hinweg, in denen Integration gelingen muss und die Menschen Wohnungen und Zugang zu Bildung und Arbeit brauchen, um in Deutschland eine gute Heimat zu finden. Es tut gut zu erleben, wie viele Menschen, gerade auch bei uns in Stuttgart, den Flüchtlingen zur Seite stehen. Und es ist gut, dass hier viele SPD-Mitglieder engagiert dabei sind. Dies ist das wirksamste Signal gegen Hassparolen und rechtsradikale und rechtsextreme Aktionen und Anschläge, die unser Gemeinwesen bedrohen. Dazwischen gibt es aber auch viele Bürgerinnen und Bürger, die sich Sorgen machen. Die Gerüchten glauben, dass sie ihre Wohnung hergeben müssten oder die fürchten, dass ihr Wohlstand in Gefahr geraten könnte. Unser Auftrag ist es auch, diese Sorgen aufzunehmen, zuzuhören und zu informieren. Mit den heutigen Beschlüssen im Bundestag haben wir deshalb vor allem Länder und Kommunen finanziell gestärkt, weil dort die größten Herausforderungen bewältigt werden müssen. Eine schnelle Lösung wird es kaum geben. Aber nicht zuletzt aufgrund unserer Anstrengungen beginnen nun auch in der EU erste wichtige Schritte zu einer gemeinsamen Vorgehensweise. Und wenn es gelingt, auch in den Herkunftsländern Friedensprozesse in Gang zu bringen und konkrete Hilfe zu leisten, dann birgt diese Krise vielleicht die Chance auf eine gerechtere und damit bessere Weltordnung.

Herzliche Grüße,

Vom Flüchtling zum Nachbarn und Kollegen

Auf dem so genannten Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt am 24.09.2015 wurde von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder und der Bundesregierung ein Maßnahmenpaket geschnürt, das jetzt in Form zweier Gesetze von der Koalition in den Bundestag eingebracht wurde. Wie sich die Situation für Asylsuchende konkret verändert, zeigt anschaulich die Übersicht der SPD-Fraktion → [„Weg vom Flüchtling zum Nachbarn und Kollegen“](#). Das Gesetzespaket enthält wichtige Maßnahmen, u.a. die monatliche Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling für die Länder, Regelungen zur Integration durch Sprachkurse und auch Regelungen zur Abschiebung von Personen, die keinen Schutz bedürfen.

→ [Mehr zum Thema](#) auf der
Webseite des BMAS

Ute Vogt in Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs

Das Bundeskabinett hat am 14.10.2015 eine Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) eingesetzt. Als Mitglied wurde auch Ute Vogt benannt. Die KFK soll bis Anfang 2016 Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie die Finanzierung von Stilllegung und Rückbau der Kernkraftwerke sowie Entsorgung der radioaktiven Abfälle so ausgestaltet werden kann, dass die verantwortlichen Unternehmen auch langfristig wirtschaftlich in der Lage sind, ihre Verpflichtungen aus dem Atombereich zu erfüllen. Sie wird hierzu Handlungsempfehlungen erarbeiten.

Beschlossen wurde auch das Gesetz zur Nachhaftung für Rückbau- und Entsorgungskosten im Kernenergiebereich. Durch die Schließung bestehender Haftungslücken wird sichergestellt, dass Muttergesellschaften für die Verbindlichkeiten ihrer Töchter für Rückbau- und Entsorgungskosten langfristig haften. Dadurch werden die Risiken für die öffentliche Haushalte und die Steuerzahlenden minimiert. Die Kommission hat insgesamt 19 Mitglieder.

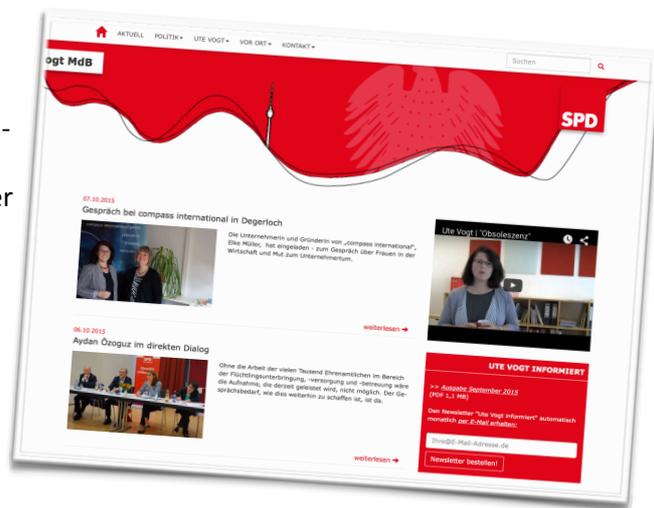
→ [Mehr zum Thema](#)

www.ute-vogt.de mit neuem Design

Seit wenigen Tagen strahlt die Webseite in neuem Glanz: Die Webseite ist auf ein responsives Layout umgestellt. Das bedeutet, dass Design, Funktion und Inhalt dem aufrufenden Endgerät folgen und ist nun auch am Smartphone gut zu lesen und einfacher zu navigieren. Alle baden-württembergischen Internetbeauftragten, die ebenfalls eine WebSozi-CMS-Webseite betreuen, können nun im Adminmenü zusätzlich zu den bisherigen Layouts dieses und ein weiteres responsives Design im Corporate Design des Landtagswahlkampfes auswählen.

→ www.ute-vogt.de

→ [Mehr Informationen zum Layout für Admins](#)



TTIP: Investitionsgerichtshof statt privater Schiedsgerichte

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für ein neues internationales Investitionsgericht vorgelegt, das an die Stelle des bisherigen Investitionsschutzverfahrens treten und bei den Verhandlungen der EU zugrunde gelegt werden soll. Die Verhandlungsposition der EU hat sich hier entscheidend geändert – private Schiedsgerichte (ISDS) in der bisher diskutierten Form sind nicht mehr vorgesehen.

Das neue Instrument in Form eines Gerichtshofes soll in erster Instanz 15 Richter haben (fünf EU-Richter, fünf US-Richter und fünf aus Drittstaaten). Die Verfahren sollen öffentlich und transparent sein. Die öffentlich bestellten Richter müssen höchste Qualitätsanforderungen erfüllen und unabhängig sein. Die Klagemöglichkeiten für Investoren werden eng begrenzt auf Fälle wie gezielte Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, Religion oder Nationalität, sowie Enteignung ohne Entschädigung oder Rechtsverweigerung. Das Regulierungsrecht der Staaten zum Wohle der Allgemeinheit wird garantiert, inklusive einer Nicht-Stabilisierungsklausel: Investoren wird das Recht genommen, eine Änderung des regulatorischen Umfelds als Klagegrund zu nehmen.

Grundlage des neuen Instruments sind Stellungnahmen der EU-Mitgliedstaaten und die Forderungen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus dem EU-Parlament. Diese werden sich nach einer Prüfung des Textes insbesondere für die Verankerung von Pflichten von Investoren für die soziale Verantwortung in Unternehmen und eine weitere Verengung des Anwendungsbereiches des Instrumentes auf Nicht-Diskriminierung einsetzen. Zudem sollte dieses Instrument alle bestehenden Investitionsabkommen der EU und ihrer Mitgliedstaaten ersetzen, so auch bei CETA.

→ [Mehr zum Thema](#)



Mit DDGI-Präsident Udo Stichling

Bei einem Messerundgang auf der INTERGEO in Stuttgart u.a. der Besuch des Standes vom Dachverband für Geoinformation e.V. (DDGI).

Podiumsdiskussion mit Staatsministerin Aydan Özoğuz zum Thema Flüchtlingsunterbringung.



V.l.n.r.: Björn Selent, Ergun Can, Aydan Özoğuz, Maria Hackl



Mit Unternehmerin Elke Müller

Zu Besuch beim Unternehmen „compass international“. Bei einem Gespräch über Frauen in der Wirtschaft und Mut zum Unternehmertum mit der Firmengründerin Elke Müller, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Auszeichnung „Frauenunternehmen - Vorbildunternehmerin 2014/2015“ verliehen bekommen hat.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de



www.ute-vogt.de



www.twitter.com/UteVogt



www.facebook.com/ute.vogt